

Forderungen der SVP zur Asylproblematik in den letzten sechs Monaten systematisch abgelehnt

Seit Monaten fordert die SVP den Bundesrat auf, umgehend systematische **Grenzkontrollen** (notfalls mit Unterstützung der Armee) durchzuführen und so die Grenze gegen illegale Einwanderer zu schützen.

- Der Bundesrat hat dies stets abgelehnt (zuletzt mit der Antwort auf die [Motion der SVP-Fraktion](#) am 18.9.2015)
- Die Büros von National- und Ständerat haben eine dringliche Debatte dazu von der Herbst- auf die Wintersession verschoben.

Ebenfalls bereits im Juni hat die SVP ein **Asylmoratorium** gefordert, d.h. dass mittels Notrecht, das Asylgesetz für mindestens ein Jahr ausser Kraft zu setzen sei, um das Asylwesen so zu ordnen, dass eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze möglich ist.

- Der Bundesrat hat die [Motion der SVP-Fraktion](#) am 2.9.2015 abgelehnt.
- Alle anderen Fraktionen haben die Motion im Rahmen einer ausserordentlichen Session am 9.9.2015 abgelehnt.

Verschärfende Anträge der SVP im Rahmen der Revision des Asylgesetzes im Herbst 2015 von den anderen Parteien abgelehnt, z.B.:

- Asylbewerber müssen verpflichtet werden, ihre Fingerabdrücke, Reisepapiere und Identitätsausweise abzugeben
- Gemeinden und Kantone müssen bei der Planung und Bewilligung von neuen Asylzentren eine Mitsprachemöglichkeit haben
- Asylzentren sind auf einem geschlossenen Areal mit kontrollierten Ausgängen zu führen
- renitente Asylsuchende werden in einem geschlossenen Zentrum untergebracht
- das Asylrecht ist beendet, wenn kein Bedarf mehr nach Schutzgewährung besteht
- gesetzliche Festschreibung, dass die Flüchtlingseigenschaft bei Ferienreisen in den Herkunftsstaat erlöschen soll
- Nothilfeleistungen an illegal Anwesende sollen nur noch befristet ausgerichtet werden, um Druck auf die Ausreise zu machen
- keine Nothilfe mehr für Personen, die ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommen
- längere finanzielle Entlastung der Gemeinden und Kantone bei der Ausrichtung der Sozialhilfe

Stattdessen untaugliche und gefährliche Asylgesetzrevision

- bedingungslose Gratisanwälte für alle Asylsuchenden auf Kosten der Steuerzahler
- Enteignungen von Privaten für den Betrieb neuer Asylzentren, was einem massiven Eingriff in die Grundrechte gleichkommt

Politik noch in den vergangenen Tagen untätig...

In der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats wurden am 5./6.11.2015 folgende parlamentarische Initiativen aus den Reihen der SVP abgelehnt:

- mit 17 zu 6 Stimmen eine parlamentarische Initiative (15.421 n Asyl. **Kein Anspruch auf Aufenthalt in der Schweiz**) von Nationalrat Luzi Stamm, welche die Bundesverfassung so ändern will, dass Asylsuchende und Flüchtlinge keinen Anspruch auf die Einreise und den Verbleib in der Schweiz haben. So sollen Bund und Kantone in Zusammenarbeit mit anerkannten internationalen Organisationen in sicheren Drittstaaten der Herkunftsregion Zentren betreiben, in denen Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge längerfristig untergebracht werden können.
- mit 14 zu 6 Stimmen bei einer Enthaltung eine parlamentarischen Initiative der SVP-Fraktion (15.431 n **Keine staatlichen Leistungen für illegal Anwesende**), wonach ausländische Personen, die sich nach dem Ablauf ihrer Aufenthaltsbewilligung illegal in der Schweiz aufhalten, keinen Anspruch auf Nothilfe haben sollen.